
Peter Brandt

Die deutsche Linke und die Nation

Peter Brandt, geb. 1948 in Berlin, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der FU Berlin, ist seit 1989 Lehrstuhlvertreter für Neuere Geschichte an der Fernuniversität Hagen; Autor fachwissenschaftlicher Buch- und Aufsatzveröffentlichungen zur Geschichte des 17. bis 20. Jahrhunderts und politischer Diskussionsbeiträge, unter anderem zur Deutschen Frage.

I

Nicht alle Progressiven sind in demselben Ausmaß von der durch die Ausreisewelle aus der DDR seit Sommer 1989 und die Volksbewegung des Herbstes 1989 bewirkten deutschen Teilrevolution überrascht worden, aber die gesamte deutsche Linke in allen ihren Parteien und Fraktionen steht seit dem 18. März geschlagen da. Der relative Wahlerfolg der PDS ändert daran nichts. Ob es sich um eine Niederlage mit dauerhaften Folgen - wie etwa 1949 in der Bundesrepublik - handelt, oder ob sozialer Protest und sozialdemokratische Traditionen die gesellschaftspolitische Richtung des deutschen Einigungsprozesses noch nennenswert modifizieren werden, wird bei Erscheinen des vorliegenden Heftes möglicherweise schon genauer abzusehen sein. Im Moment, Anfang April 1990, sieht es so aus, als ob das große Kapital und die liberal-konservativen Kräfte eine historische Schlacht gewonnen hätten.

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß eine grundsätzlich positive Einstellung zur Einheit Deutschlands und eine eindeutiger solidarische Haltung zur ostdeutschen Opposition während der letzten beiden Jahrzehnte es den Progressiven im vergangenen Dreivierteljahr erleichtert hätte, die simple Angliederung der DDR an die Bundesrepublik mit eigenen Konzepten und Vorschlägen zu konterkarieren. Aber der Hauptgrund für die derzeitige Entwicklung liegt wohl gar nicht im Bereich der Nationalpolitik im engeren Sinne, sondern in dem für alle unerwartet raschen und radikalen Zusammenbruch des Systems sowjetischen Typs mit der Bürokratie als einer herrschenden und privilegierten Schicht, mit politischer Diktatur und weitestgehend verstaatlichter Zentralverwaltungswirtschaft und, damit verbunden, in dem dramatischen Niedergang der sowjetischen Weltmachtposition.

Zusammengebrochen ist aber nicht nur das poststalinistische Regime, sondern auch die Hoffnung, durch eine Kombination von Reform von oben und Massenbewegung von unten könne es gelingen, den „real existierenden Sozialismus“ in einen - wie immer im einzelnen definierten - demokratischen Sozialismus zu transformieren. Statt dessen scheint die unumgängliche Öffnung und Umgestaltung vielmehr zur Wiederherstellung des Kapitalismus zu führen.

Ob das beseitigte oder in Auflösung befindliche System Osteuropas das unmittelbare, zwangsläufige Resultat oder eine Entartungserscheinung des Sozialismus darstellt, ist von erheblicher grundsätzlicher und langfristiger, aber von wesentlich geringerer aktueller Bedeutung. Dem gescheiterten „real existierenden Sozialismus“ steht in den entwickelten Ländern Westeuropas und Nordamerikas ein - ungeachtet der dort existierenden sozialen, ökologischen und weltwirtschaftlichen Probleme - relativ prosperierender, parlamentarisch verfaßter Kapitalismus mit realem relativen Wohlstand und realen Freiheiten gegenüber. Angesichts der offenkundigen Bilanz des Systemvergleichs wendet die Mehrheit der osteuropäischen Bevölkerung - mehr noch in Ungarn und Polen als in der DDR - heute offenbar die jahrzehn-

telange Selbstidentifikation der ehemals herrschenden Parteien mit dem Sozialismus gegen alles, was die Anfangsbuchstaben „Soz...“ und die entsprechenden Traditionen mit sich führt. Die logische Konsequenz ist die derzeit fast rückhaltlose Hinwendung zum Westen.

Mit dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ und der sowjetischen Weltpolitik bei gleichzeitiger relativer Stabilität des Kapitalismus und der westlichen Gemeinschaften sind wider Erwarten diejenigen Bedingungen eingetreten, unter denen allein die CDU/CSU von jeher die Einheit Deutschlands konzipieren konnte: als eine mehr oder weniger bedingungslose Kapitulation des Ostens. Sowohl die Politik der SED und - mit ganz anderen Absichten - der Mehrheit der Grünen, die Zweistaatlichkeit definitiv festzuschreiben, als auch die sozialdemokratische Politik der Entspannung auf der Grundlage der bestehenden militärischen Blöcke, die zumindest seitens einiger ihrer Protagonisten langfristig auf die Überwindung der Teilung Deutschlands (in welcher staatsrechtlichen Form auch immer) zielte, als auch die — entschieden nur von einigen wenigen vertretene—Konzeption der Sprengung der Blockstruktur (und damit der Fesselung der politischen Debatte und emanzipatorischer Entwicklungen in beiden Bereichen Europas) durch eine paktübergreifende Einigungspolitik im deutschen Zentrum des Konfrontationsgebiets sind durch diese Wende hinfällig geworden oder doch weitgehend überholt.¹ Das von der Kohl-Regierung lange nur verbal überbrückte Spannungsverhältnis von Deutschland- und Sicherheitspolitik, wie es bis vor einigen Monaten als eine grundlegende Bedingung unterstellt werden durfte, existiert in der bisherigen Form nicht mehr, auch wenn es jetzt erst recht darum gehen wird, das alte Problem in einer allseits erträglichen Weise zu lösen, wie die nationalen Aspirationen der Deutschen mit den Sicherheitsbedürfnissen ihrer europäischen Nachbarn harmonisiert werden können. Ob und wie der westeuropäische Binnenmarkt und die westeuropäische Union, denen das gesamte Deutschland zweifellos angehören wird, mit der Festigung und Institutionalisierung gesamteuropäischer, auch die Sowjetunion einschließender Kooperation in Einklang zu bringen sind, ob und wie die - im Fall des Warschauer Vertrags nur noch pro forma bestehenden - Militärpakte durch neue Sicherheitsstrukturen ersetzt und Europa schrittweise entmilitarisiert werden können, sind zentrale politische Fragen; sie berühren aber wahrscheinlich nicht mehr die Tatsache der Vereinigung Deutschlands als solche.

¹ Für die SED-Position siehe die grundlegende Arbeit von Ä Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, Studie zur historisch materialistischen Theorie der Nation Berlin 1976, für die Grünen siehe die Debatten in der Zeitschrift ‚Kommune‘, für die SPD siehe etwa S + F Jg 3, 2/1985, Themenschwerpunkt Deutsche Fragen - deutsche Widersprüche, sowie E Bahr, Was wird aus den Deutschen? Reinbek 1982, für den gegen die Blockstruktur gerichteten in der westdeutschen Diskussion meist verkehrt dargestellten Ansatz, siehe u. a. H. Ammon/P. Brandt Wege zur Losung der ‚Deutschen Frage‘ Der emanzipatorische Anspruch der Linken unter dem Zwang zur Realpolitik in Befreiung 21 (1981), S 38 71 H Ammon/T Schweisfurth u.a, Friedensvertrag - Deutsche Konföderation - Europäisches Sicherheitssystem Denkschrift zur Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung, Starnberg 1985, P Brandt/G Minnerugs, Osteuropa und die deutsche Frage, in Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 8/1987, S 722 734, zuletzt noch P Brandt, Nach der Zukunft der Blöcke wird man jetzt wohl fragen dürfen, in FR Nr. 17 vom 20.1.1990

Daß die Deutsche Frage zum überwiegenden Teil bereits gelöst ist — und zwar in einer für die Linke relativ ungünstigen Weise -, sollte eine ruhige, von Rechthaberei freie Diskussion erleichtern. Zu einer solchen Diskussion gehört der kritische und selbstkritische Rückblick, nicht aus nostalgischen Gründen, sondern um die anstehenden Entscheidungen, die die Deutschlandpolitik den Gewerkschaften und den Parteien der Linken aufnötigt, gründlicher reflektieren zu können.

II.

Bei der Beschäftigung der deutschen Linken mit ihrer Nation sind mehrere Perioden zu unterscheiden. In der frühen deutschen Arbeiterbewegung der 1860er Jahre bildete die nationale Frage einen der zentralen Diskussionspunkte zwischen dem lassalleanischen ADAV und den Anhängern August Bebeis und Wilhelm Liebknechts, die 1869 mit der SD AP eine eigene Arbeiterpartei gründeten. Daß die Herstellung eines deutschen Nationalstaats anstelle der bestehenden Kleinstaaterei und des preußisch-österreichischen Dualismus dem wirtschaftlichen, gesellschaftlich-politischen und kulturellen Fortschritt diene und sozusagen Deutschland an die westeuropäische Normalität herantühre, galt beinahe als selbstverständlich. Der Streit zwischen den Lassalleanern und ihren Widersachern in der nationalen Frage ging nicht um das Ziel - die großdeutsche demokratische Republik -, sondern um den Weg dorthin, um die Einschätzung des größeren und kleineren Übels, um strategische und taktische Bündnismöglichkeiten. Wilhelm Liebknecht, ein alter 1848er, und August Bebel waren *nicht weniger national* als Ferdinand Lassalle und Johann Baptist von Schweitzer, sondern *anders*. Während die Lassalleaner die demokratische *und* nationale Potenz des Bürgertums als ausgeschöpft betrachteten und daher zeitweise auf den preußischen Machtstaat setzten - „Durch Einheit zur Freiheit“ -, glaubten die anti-lassalleanischen Sozialdemokraten noch über 1866, die militärische Verdrängung Österreichs aus Deutschland, hinaus an die Möglichkeit und Notwendigkeit einer revolutionären Einigung Deutschlands von unten durch ein Bündnis aller, auch bürgerlicher, demokratischer Kräfte.²

Bismarcks erfolgreiche gewaltsame Einigungspolitik, die von beiden Richtungen bekämpfte Annexion Elsaß-Lothringens und die im Krieg gegen Frankreich 1870/71 beginnende Sozialisten-Verfolgung machten den Streit schnell gegenstandslos. Friedrich Engels hatte schon 1866, kurz nach dem weichenstellenden preußischen Sieg über Österreich bei Königgrätz, an Karl Marx geschrieben, man müsse „das Faktum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen, und die sich jetzt jedenfalls darbieten müssenden Facilitäten zur nationalen Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats benutzen“.³

² Siehe W. Conze/D. Groh, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966.

³ Brief vom 25. 7. 1866, in: MEW 41, S. 241.

Die seit 1875 vereinigte Sozialdemokratie trat in das Kaiserreich als Fundamentalopposition ein, die eine alternative Vorstellung von der deutschen Nation als einer Kultur- und Wertegemeinschaft der Freien und Gleichen vertrat, und hat diese Idee nie ganz aufgegeben, auch wenn sie in der Auseinandersetzung der sozialen Klassen und insbesondere mit dem integralen und expansiven Nationalismus der bürgerlichen Parteien (nicht nur der Rechten) für die Mehrheit der Anhänger zurücktrat. Auch eine so entschiedene Internationalistin wie Rosa Luxemburg erkannte neben den demokratischen (Einflußlosigkeit des Reichstags, außerkonstitutionelle Stellung der Armee) auch die nationalen (Ausschluß von Millionen Deutschen in Österreich, statt dessen gewaltsame Einbeziehung von Polen, Dänen und Elsaß-Lothringern) Defizite des Kaiserreichs. Nach dem 4. August 1914 warf sie der SPD nicht einfach die Bewilligung der Kriegskredite vor, sondern verlangte, „dem imperialistischen . . . Programm des Krieges das alte wahrhaft nationale Programm der Patrioten und Demokraten von 1848 . . ., die Losung der einigen großen deutschen Republik entgegenzustellen“.⁴

In der politischen Praxis hatte sich allerdings zu diesem Zeitpunkt längst die alles andere als zufällige, aber die Handlungsmöglichkeiten stark einschränkende Trennung zwischen einer „national“ aufgeschlossenen, das hieß etatistischen und tendenziell proimperialistischen, reformistischen Parteien und einer, abstrakt-internationalistischen, revolutionären Parteilinken vollzogen. Dieses Grundmuster blieb auch in der Weimarer Republik bestehen, als die Kriegsniederlage, die Novemberrevolution und der Versailler Vertrag die jetzt als Parteien verselbständigten sozialistischen Richtungen mit einem teils monarchistisch-reaktionären, teils völkisch-„revolutionären“ nationalen Revisionismus konfrontierten. Vom gängigen Schema abweichende Versuche, den verzweifelten Nationalismus des Kleinbürgertums und der Intelligenz von der Rechten abzulösen und politisch zu wenden, wie sie, allzu vordergründig, die KPD 1923 und dann wieder nach 1929 („Nationalbolschewismus“), das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ mit der Propagierung eines plakativen republikanischen Nationalbewußtseins und die meist der SPD-Rechten zugeordneten „militanten Sozialisten“ (Leber, Haubach, Mierendorff, Reichwein, Schumacher) unternahmen, drückten das nationale Dilemma der Arbeiterbewegung eher aus, als daß sie es aufzuheben vermochten. Sie wurden auch nie strategisch bestimmend.⁵

Die Machtübernahme der NSDAP und Hitlers offenkundig bis in die Arbeiterschaft äußerst populäre Erfolge bei der Revision von Versailles führten in der sozialistischen und kommunistischen Emigration zu der weitverbreiteten, aber in den Konsequenzen diffusen Meinung, die Arbeiterbewegung habe der

⁴ R Luxemburg, Die Kämpfe der Sozialdemokratie Berlin 1919, S 81

⁵ Zur KPD siehe L. Dupeux „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919 -1933, München 1985, zum Reichsbanner K Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Dusseldorf 1966, zu den „militanten Sozialisten“ H A. Winkler Der Schein der Normalität Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 -1930 Berlin/Bonn 1988, S 653 ff, ders., Der Weg in die Katastrophe Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 -1933, Berlin/Bonn 1987, S 671 ff

nationalen Frage vor 1933 nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Im Zweiten Weltkrieg spitzte sich die Debatte dann auf die international immer dringender gestellte Frage nach kollektiver Schuld und Verantwortung der Deutschen zu. Die Debatte hatte eine machtpolitische Seite, weil mit der Kollektivschuldthese, die teilweise mit einem deutschen - auch die Arbeiterbewegung prägenden - Volkscharakter in Verbindung gebracht wurde, jede Unterdrückungs-, Zerstückelungs- und Reparationsmaßnahme gerechtfertigt werden konnte. Zugleich war damit aber die Identität der deutschen Linken im Innersten berührt, die sich doch, mit unterschiedlichem Nachdruck, als die besseren Deutschen begriffen und darstellten. Standpunkte, die auf die, meist historisch-kulturell hergeleitete, Schuld des ganzen deutschen Volkes abhoben, wie sie in Frankreich (schon vor dem Krieg) Henri de Kerillis, in England Lord Robert Vansittart, in Amerika Henry Morgenthau und in Rußland Ilja Ehrenburg vertraten, wurden von der großen Mehrheit des politischen Exils wie der Antifaschisten in Deutschland abgelehnt. Die „Vansittartisten“ waren eine kleine, lautstarke Minderheit innerhalb der deutschen Linken, gesellschaftspolitisch meist eher auf dem rechten Flügel angesiedelt.⁶

Auch Kurt Schumacher, der die Wiedergründung der SPD in den Westzonen betrieb, akzeptierte eine kollektive Verantwortung der deutschen Nation: „Die Mitschuld großer Volksteile . . . liegt in ihrem Diktatur- und Gewaltglauben. Weil die Deutschen sich die Kontrolle über ihre eigene Regierung haben entziehen lassen, deshalb werden sie heute von anderen kontrolliert.“ Die eigentliche Schuld liege aber bei der NSDAP, der „Partei der nationalistischen Unternehmerknechte“ aus „Lumpenbourgeoisie“ und „Lumpenproletariat“ und ihren kapitalistisch-militaristischen Geburtshelfern. Nicht akzeptabel sei es für die demokratischen Sozialisten, „die eigentlichen Gegenspieler des Nazitums“, jedoch, „mit anderen in einen Topf geworfen zu werden“.⁷

Zugleich fühlte man sich aber berechtigt und verpflichtet, die nationale Existenz der Deutschen gegenüber Partikularismus im Inneren (meist von rechts) wie gegenüber den Siegermächten zu vertreten. „Für alle Deutschen ist Deutschland das gemeinsame Vaterland“, endete eine EntschlieÙung der vier in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin zugelassenen Parteien vom Januar 1946, die sich gegen separatistische Strömungen wandte.⁸ Die angestrebte, von einem anfänglichen antifaschistischen Grundkonsens getragene, nationale Wiedergeburt Deutschlands im Geiste kämpferischer Demokratie - von den materiellen und sozialpsychologischen Verhältnissen ohnehin nicht begünstigt — scheiterte am Ost-West-Konflikt, der die Weichen für die Rekon-solidierung des Kapitalismus im Westen und die Stalinisierung im Osten

6 Zur Debatte in der deutschen Emigration vor allem in England siehe W Roder, Die deutschen sozialistischen Eiseilgruppen in Großbritannien 1940 -1945, Hannover 1968

7 K Schumacher, Wir verzweifeln nicht, in ders /E Ollenhauer/W Brandt, Der Auftrag des demokratischen Sozialismus, Bonn 1972, S 3 ff

8 Abgedruckt in P Brandt/H Ammon (Hg) Die frühe und die nationale Frage Dokumente zur deutschen Emigration seit 1945, Reimbek 1981, S 76

stellte. Die staatliche Teilung Deutschlands wäre zwar ohne den Aggressionskrieg des Großdeutschen Reiches nicht möglich gewesen, aber sie war keineswegs, wie vielfach angenommen, eine nach einem gemeinsamen Plan von den vier Besatzungsmächten verhängte Strafe (Straf- und Sicherheitsmaßnahmen bezogen sich auf die neue Grenzziehung und Aussiedlung im Osten, die Entnazifizierung und Reparationen). Sie ergab sich vielmehr daraus, daß die Hauptsiegermächte nicht beziehungsweise nicht mehr imstande waren, eine gemeinsame Politik in und gegenüber Deutschland zu formulieren.⁹ Erst sehr viel später ist es bei der Linken üblich geworden, in der Teilung Deutschlands die verdiente Quittung für „Auschwitz“ zu sehen.

III.

Von der Frage der Oder-Neiße-Grenze abgesehen, die die SED schon kurz nach Kriegsende, die SPD erst zwei Jahrzehnte später anzuerkennen begann, hielten alle relevanten Kräfte der Linken bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre grundsätzlich am Ziel der deutschen Einheit fest, wenn sich auch die Vorstellungen über den politisch-sozialen Charakter des einheitlichen Deutschland und über den Weg dorthin ganz wesentlich unterschieden. Die großen westdeutschen Kampagnen der 1950er Jahre gegen die Remilitarisierung durch EVG- und NATO-Beitritt wurden nicht zuletzt mit nationalen Argumenten bestritten („Wiedervereinigung statt Wiederbewaffnung“). SED, SPD und auch der DGB (1957) arbeiteten spezielle Programme für die Vereinigung Deutschlands aus.¹⁰ Die Abwendung vieler Progressiver von der nationalen Thematik ist erst die Tat einer späteren, „bundesrepublikanisch“-westeuropäisch sozialisierten Generation.

Es war nicht vorwiegend Sentimentalität oder „Deutschtümelei“, die namentlich für die Sozialdemokratie die Einheit Deutschlands ins Zentrum rücken ließ. Die Teilung Deutschlands hatte gesellschaftspolitisch vor allem die Funktion, in beiden Staaten die Kräfte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auszuschalten. Die Ost-SPD ging in der SED auf, deren Führung sozialdemokratische und oppositionell-kommunistische Ansätze mit Rücken- deckung der sowjetischen Besatzungsmacht niederhalten konnte, und die Anschauung des Experiments DDR — zusätzlich belastet durch die enormen Reparationsleistungen - stabilisierte im Westen Deutschlands den Bürgerblock, während die SPD ihrer Hochburgen im ostelbischen Deutschland beraubt war. Die Vorherrschaft der CDU in der Bundesrepublik seit 1947/48 ist ohne die nationale Spaltung so wenig zu erklären wie das stalinistische Herrschaftssystem in der DDR. Dieser Mechanismus hat in modifizierter Form bis heute funktioniert, wenn auch die jahrzehntelang plausible, durch Untersuchungen¹¹ gestützte Annahme, bei der Neuvereinigung Deutschlands würde

⁹ Siehe H.-P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 -1949, Neuwied/Berlin 1966, W. Loth, Die Teilung der Welt Geschichte des Kalten Krieges 1941 -1955, München 1980

¹⁰ Siehe die entsprechenden Dokumente in Brandt/Ammon, a. a. O.

¹¹ Für die Zeit vor 1961 siehe H. Hoebink, Westdeutsche Wiedervereinigungspolitik 1949 - 61, Meisenheim 1978, S. 111-114

die politische Achse nach links verschoben, möglicherweise nicht mehr zutrifft.

Die neue Ostpolitik der ersten sozialliberalen Regierung wurde von ihren führenden Vertretern mit der Notwendigkeit begründet, die menschliche „Einheit der Nation“ im Zustand der staatlichen Teilung zu bewahren und zu entwickeln. Grundlage und Methode, Handlungsrahmen und Ziel seiner Regierungspolitik umriß der neue Bundeskanzler Brandt vor dem Bundestag in seinem ersten „Bericht zur Lage der Nation“: „25 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Reiches bildet der Begriff der Nation das Band um das gespaltete Deutschland. Im Begriff der Nation sind geschichtliche Wirklichkeit und politischer Wille vereint. Nation umfaßt und bedeutet mehr als gemeinsame Sprache und Kultur, als Staat und Gesellschaftsordnung. Die Nation gründet sich auf das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes... Auch in einer europäischen Friedensordnung werden die nationalen Komponenten ihren Rang haben. Aber bis zur Selbstbestimmung der Deutschen in einer solchen Friedensordnung wird es ein langer, ein weiter und ein schwerer Weg sein. Die Länge und Schwere dieses Weges darf uns nicht davon abhalten, in dieser Phase der Geschichte - wenn es möglich ist - zu einem geregelten Nebeneinander zwischen den beiden deutschen Staaten in Deutschland zu kommen. Es geht um den deutschen Beitrag in einer internationalen Lage, in der sich ... ein Übergang von der Konfrontation zur Kooperation vollziehen soll.“ Mit dieser Erläuterung der ostpolitischen Konzeption gab Brandt auch eine Definition seiner Handlungsmaxime: „Patriotismus verlangt die Erkenntnis dessen, was ist, und den Versuch, immer wieder herauszufinden, was möglich ist. Er verlangt den *Mut zum Erkennen der Wirklichkeit*. Dies ist nicht gleichbedeutend damit, daß man diese Wirklichkeit als wünschenswert ansieht oder daß man auf die Hoffnung verzichtet, sie ließe sich im Laufe längerer Zeiträume ändern. Aber die Aufrichtigkeit, ohne die keine Politik auf Dauer geführt werden kann, verpflichtet uns, keine Forderungen zu erheben, deren Erfüllung in den Bereich illusorischer Wunschkonstruktionen gehört.“¹²

Der „Politik der kleinen Schritte“ in Berlin (1963 - 66) und dem Versuch, so viel wie möglich davon in die Deutschlandpolitik der Großen Koalition (1966 - 69) einzubringen, war jene außenpolitische Rede Herbert Wehners am 30. Juni 1960 vorausgegangen, die seinerzeit vielfach lediglich als Anpassung an die Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU gedeutet wurde. Der Abschied von den sozialdemokratischen Wiedervereinigungskonzepten ergänzte die bereits zu Beginn der fünfziger Jahre eingeleitete, aber erst mit dem Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 vollendete programmatische Transformation der SPD von einer reformsozialistischen zu einer eher sozialliberalen Partei. Abstrakt-logisch ergab sich aus „Godesberg“ keineswegs das Bekenntnis zur NATO und zu Westeuropa, realhistorisch war aber die bestehende Ordnung der Bundesrepublik mit der Westintegration

¹² Abgedruckt in Brandt/Ammon, a a 0 S 302 ff

eng verknüpft, so daß die zunehmend prokapitalistische und prowestliche Orientierung der Bevölkerungsmehrheit, auch großer Teile der Arbeiter (eine Reaktion auf die Erfahrungen mit Faschismus, „Wirtschaftswunder“ und Stalinismus), nicht zufällig Hand in Hand gingen. In diesem Sinne erweiterte die SPD, indem sie den inneren Status quo der Bundesrepublik mit den Weichenstellungen von 1948/49 anerkannte und auf dieser Basis auch den äußeren Status quo als Voraussetzung seiner langfristigen Veränderung akzeptierte, durch die Wende von 1959/60 ihren politischen Spielraum.

Die Entspannungspolitik der 1969 gebildeten sozialliberalen Koalition enthielt von vornherein zwei Komponenten, die nicht ohne weiteres auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen waren: Einerseits bedeutete sie lediglich die Fortführung jener Politik der „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen den Militärblöcken, mit der die Große Koalition der Jahre 1966 - 69 allmählich Anschluß an die im Harmel-Bericht der NATO von 1967 formulierte Konzeption der westlichen Sicherheitspolitik zu finden versuchte. In diesem Bereich diplomatischer Bemühungen um Vertragslösungen waren vor allem politische Entscheidungen anzusiedeln, die unter dem Stichwort „Anerkennung der Realitäten“ zusammengefaßt werden können. Die Akzeptierung der Oder-Neiße-Grenze und der Existenz zweier deutscher Staaten sollte die Nachkriegsordnung stabilisieren und den Weg zu einer Ost-West-Kooperation mit weitgesteckten wirtschaftlichen Zielen ebnen.

Andererseits hatte die Entspannungspolitik der Bundesrepublik nach dem Willen ihrer maßgeblichen Verfechter in Regierung und Publizistik auch eine die bestehenden Verhältnisse dynamisierende und teilweise sogar emanzipatorische Perspektive. „Um den Status quo politisch in Bewegung zu bringen, mußten wir uns den territorialen Status quo zu eigen machen“,¹³ hat Willy Brandt diese Dialektik einer Respektierung von Einflußzonen beider Blöcke und des Strebens nach inneren Reformen gekennzeichnet. In dieser Hinsicht zielte die Entspannungspolitik nicht nur auf Friedenssicherung, menschliche Erleichterungen (Reise- und Besuchsmöglichkeiten) sowie den Ausbau der Zusammenarbeit, sondern zugleich auf eine Liberalisierung und Demokratisierung der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme. Der Abbau der wechselseitigen Feindbilder des „expansiven Kommunismus“ beziehungsweise „aggressiven Imperialismus“ sollte in der Bundesrepublik reformerische Initiativen erleichtern, die ihrerseits Reformansätze in der DDR und anderen Staaten des Warschauer Paktes beflügeln konnten.

Wie die Verhandlungsergebnisse des Moskauer und Warschauer sowie des Grundlagen-Vertrages zwischen den beiden deutschen Staaten unterstrichen, erwiesen sich die stabilisierenden Elemente der Entspannungspolitik als tragfähig für einen ausbalancierten Interessenausgleich. Hingegen überforderten die dynamisierenden und emanzipatorischen Komponenten offenkundig die Reformfähigkeit beider Systeme und die Bereitschaft der Weltmächte, eine

13 W. Brandt, *Begegnungen und Aussichten: Die Jahre 1960 - 75*, Hamburg 1976, S. 642.

Emanzipation Europas zuzulassen. Als Bundeskanzler Brandt bei seinem Besuch in Erfurt 1970 mit spontanen Sympathiekundgebungen der Bevölkerung begrüßt wurde und ihm darin die Rolle einer gesamtdeutschen Integrationsfigur zuzuwachsen schien, mußte das SED-Regime fortan um so mehr um ideologische Abgrenzung besorgt sein. Wenngleich die DDR-Führung schon allein im Interesse ihrer internationalen Anerkennung „normalisierte“ Beziehungen mit der Bundesrepublik anstrebte, fand die Entspannungsbereitschaft ihre unverrückbaren Schranken in der innenpolitischen Monopolstellung der kommunistischen Parteibürokratie, deren Herrschaftsanspruch keine Öffnung gegenüber westlichen Einflüssen und Reformtendenzen, insbesondere gegenüber dem „Sozialdemokratismus“, gestattete.

Ebenso geriet die sozialliberale Ostpolitik in der Bundesrepublik unter den Druck einer konservativen Propaganda, die infolge der Vertragspolitik mit den „realsozialistischen“ Staaten eine Aufweichung des antikommunistischen Konsensus befürchtete. Die Besorgnis der Sozialdemokraten, von den Unionsparteien nach dem Muster der 1950er Jahre als „moskauhörig“ abgestempelt zu werden, ließ den Parteivorstand bereits Ende 1970 einen Abgrenzungsbeschuß gegen jegliche Zusammenarbeit mit Kommunisten formulieren. Der im Januar 1972 als Kompromiß zwischen SPD/FDP und CDU/CSU vereinbarte „Radikalerlaß“ war die bundesdeutsche Variante der innenpolitischen Verarbeitung des außenpolitischen Entspannungskurses. Die Mentalität des Kalten Krieges blieb wirksam genug, um emanzipatorische Strömungen vor allem in der jüngeren Generation unter Kommunismus verdacht zu stellen und als „fünfte Kolonne“ der DDR-Machthaber polemisch zu isolieren.

Nachdem die Phase der Vertragsverhandlungen im wesentlichen abgeschlossen worden war und wechselseitige Abgrenzungszwänge die Dynamik des „Wandels durch Annäherung“ gebrochen hatten, begannen sich in der Entspannungspolitik auch auf innerdeutscher Ebene unverkennbar Stagnationstendenzen durchzusetzen. Sobald die greifbaren Resultate ausblieben, konnten sich die ständigen Warnungen der CDU/CSU-Opposition vor der Preisgabe von „Rechtsstandpunkten“ wieder deutlicher Gehör verschaffen. Mit dem Wechsel in der Regierungsverantwortung war zugleich ein deutschlandpolitischer Rollentausch verbunden. Während die Unionsparteien an den Wiedervereinigungs-Postulaten deklamatorisch festhielten, machte die sozialliberale Koalition erklärtermaßen „Realpolitik“ auf dem Boden der verfestigten Nachkriegsordnung. Als der Offensivgeist der Entspannung zunehmend in außenpolitische Routine mündete, reduzierte sich der Gehalt der Ostpolitik endgültig auf Friedenssicherung in den Handlungsgrenzen des Status quo.

Seit dem großen Wahlerfolg der sozialliberalen Koalition im Herbst 1972 begann sich in der Sozialdemokratie eine Diskrepanz zwischen der ost- und deutschlandpolitischen Konzeption einiger Politiker und Vordenker einerseits und dem eher noch wachsenden Desinteresse großer Teile der Partei (wie der Gesamtbevölkerung) an den Verhältnissen östlich der Elbe aufzutun. Mehr und mehr wurde der entspannungspolitische Ansatz der Jahre um 1970

umgedeutet in eine endgültige und bedingungslose Anerkennung der Nachkriegsordnung; Überlegungen zur Errichtung einer neuen europäischen Friedensordnung, wo sie denn angestellt wurden, fixierten sich zunehmend auf die Zweistaatlichkeit Deutschlands als Voraussetzung einer „Europäisierung Europas“.¹⁴ Als störend empfanden die meisten führenden Sozialdemokraten nicht nur die öffentliche Erörterung der nationalen Frage im engeren Sinn, sondern auch dem Phänomen der osteuropäischen Opposition - die zumindest in der DDR ja der westdeutschen Linken näher stand als der Rechten - begegnete man, um nicht Erreichtes zu gefährden, auch nach dem Regierungswechsel in Bonn 1982 mit äußerster Zurückhaltung. Für die Erwartung - durch den Wechsel zu Gorbatschow in der UdSSR zunächst scheinbar glänzend bestätigt -, eine Veränderung in der DDR werde aus der SED-Spitze selbst hervorgehen, sprach in der Tat vieles. Das Problem lag weniger in den engen Parteikontakten zwischen SPD und SED, sondern in der mangelnden Flexibilität gegenüber den unabhängigen Umwelt-, Menschenrechts- und Friedensgruppen, die aufgrund eines regierungs- und institutionenfixierten Politikverständnisses (trotz der Erfahrung mit Polen) gravierend unterschätzt wurden.

Dabei sah es während der Debatte über die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa, namentlich in der Bundesrepublik, zu Beginn der 1980er Jahre zeitweilig so aus, als würde es tatsächlich gelingen, die Deutsche Frage gegen die bestehenden Machtstrukturen zu wenden. Im Unterschied zu den 1950er Jahren war jetzt nicht der Wunsch nach Vereinigung Deutschlands ein herausragendes Motiv für das Engagement gegen die Aufrüstung, sondern das Engagement in der Friedensbewegung ließ eine große Zahl Menschen erstmals wieder die prekäre geostrategische Lage Deutschlands in der Ost-West-Konfrontation und die lange tabuisierten Statusfragen (alliierte Stationierungs- und Vorbehaltsrechte) erkennen. Die teils beabsichtigte, teils indirekte Wechselwirkung mit der im Osten entstehenden unabhängigen Friedensbewegung, die Sicherheitsdebatte, die auch auf die DDR (bis in die Führung hinein) ausstrahlte, und die patriotischen Äußerungen mancher Integrationsfiguren der Friedensbewegung (Albertz, Böll, Gollwitzer und andere) schufen im linken Spektrum ein - politisch ganz diffuses - gesamtdeutsches Zusammengehörigkeitsgefühl.

Die im westlichen Ausland überempfindlich registrierten „nationalen“ Untertöne der deutschen Friedensbewegung wurden von ihren anerkannten Sprechern jedoch nicht in eine alternative politische Konzeption übergeleitet, sondern allenfalls als Stimmung transportiert. Die SPD war vor allem bestrebt, die eigene Partei ohne Reibungsverluste auf die Ablehnung der Stationierung umzupolen und die Friedensbewegung gleichzeitig in den Rahmen der herkömmlichen Entspannungspolitik zu integrieren. Nach einer Phase der Unsicherheit setzten sich in der neuen Partei der Grünen (wie zunehmend auch in der SPD) Positionen durch, deren Vertreter - sei es „realpolitisch“, sei es fun-

14 Siehe P. Bender, *Das Ende des ideologischen Zeitalters Die Europäisierung Europas*, Berlin 1981, sowie manche Diskussionsbeiträge sozialdemokratischer Autoren in „Deutschland-Archiv“

damentaloppositionell begründet - die Zweistaatlichkeit Deutschlands für unabänderlich hielten. Es gelang der CDU/CSU-FDP-Koalition nach der Herausforderung durch die Friedensbewegung auch deswegen erstaunlich schnell - um in der entsprechenden diskriminierenden Terminologie zu bleiben -, im „Ringens darum, ob der Gedanke der Wiedervereinigung durch Selbstbestimmung und Menschenrechte gekennzeichnet ist oder auf neutralistischen Wegen zu Lasten der Sicherheit des Westens verläuft“¹⁵, wieder eindeutig Oberhand zu gewinnen. Erst die Ereignisse des Herbstes 1989 ließen in der Führung und Mitgliedschaft der SPD die latent gesamtdeutsch orientierten Kräfte hervortreten; die Grünen brauchten einige weitere Monate, um sich auf die neue Realität einzustellen.

Der Kern der Auseinandersetzung über die Deutsche Frage im progressiven Lager während der 1980er Jahre war nicht die staatliche Einheit Deutschlands als solche oder das Bedürfnis nach „nationaler Identität“. Es ging und geht um die Bewahrung und Wiedergewinnung der gesamtdeutschen Dimension im Denken und Handeln, um die Überwindung der durch die Teilung und die Westintegration verursachten Horizontverengung, die sich jetzt als fatal herausgestellt hat. So unterschiedlichen Politikern wie Egon Bahr, Horst Ehmke, Robert Havemann und Rudi Dutschke (übrigens auch den Kritikern am aktuellen Vereinigungsprozeß Antje Vollmer und Günter Grass) war stets klar gewesen, daß das letzte Wort über die Deutsche Frage nicht gesprochen war und - mehr noch - daß ohne Erkenntnis des nationalen Aspekts der Außen- und Sicherheits- wie der Innen- und Gesellschaftspolitik keine fortschrittliche Politik in der Bundesrepublik Deutschland möglich war.¹⁶ Am Ende der ersten Etappe des Vereinigungsprozesses steht die Linke als Verlierer da, und für übertriebenen Optimismus gibt es wenig Grund. Die Chance, sich in den zurückliegenden Jahren mit eigenen, auf Emanzipation vom Status quo zielenden Konzepten zu profilieren, wurde überwiegend gar nicht gesehen und daher nicht genutzt. Es geht jetzt darum, diesem unkorrigierbaren Fehler nicht einen weiteren folgen zu lassen. Gesamtdeutsche Politik der Linken muß keineswegs eine Politik des sozialen Harmonisierens und des nationalen Konsenses bedeuten; in jedem Fall setzt sie aber die Überwindung der verengten „bundesrepublikanischen“ Perspektive voraus.

15 A. Mertes laut FAZ vom 14. 7.1983.

16 Siehe die entsprechenden Dokumente in Brandt/Ammon a. a. O., sowie zusätzlich R. Havemanns „Offenen Brief“ an Breschnew vom Herbst 1981, in: FAZ vom 7.10.1981; sowie Antje Vollmers Bundestagsrede vom 12.9.1984, abgedruckt in: R. Stolz (Hg.) Ein anderes Deutschland. Grün-alternative Bewegung und neue Antworten auf die Deutsche Frage, Berlin 1985, S. 62-66.